

Antrag 152/I/2026**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Obdachlosigkeit und Wohnungsnot bekämpfen**

1 Die Situation der Obdachlosigkeit in Berlin hat sich in
 2 den letzten Jahren zunehmend verschärft. Besonders der
 3 Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist von diesem Trend
 4 stark betroffen. Die Anzahl der Menschen, die ohne fes-
 5 ten Wohnsitz leben, steigt kontinuierlich – eine Entwick-
 6 lung, die sich auch durch die aktuellen wirtschaftlichen
 7 Herausforderungen und die anhaltende Wohnungsnot in
 8 der Hauptstadt weiter verschärft hat.

9
 10 Die steigende Zahl obdachloser Menschen im Bezirk CW
 11 macht deutlich, dass die bestehenden Hilfsangebote und
 12 Unterstützungsstrukturen nicht mehr ausreichen. Die Fol-
 13 gen sind gravierend: Menschen geraten in gesundheitli-
 14 che Notlagen, psychische Belastungen nehmen zu, und
 15 der Zugang zu medizinischer Versorgung ist für viele Be-
 16 troffene stark eingeschränkt. Zudem fehlt es an ausrei-
 17 chend bezahlbarem Wohnraum, was den Kreislauf von
 18 Wohnungsnot und Obdachlosigkeit weiter antreibt.

19
 20 Vor diesem Hintergrund werden die SPD-Mitglieder in
 21 der Bezirksverwaltung, im Senat und im Abgeordneten-
 22 haus aufgefordert, wirksame Hilfe für von Wohnungsnot
 23 und Obdachlosigkeit betroffene Menschen sicherzustel-
 24 len und zusätzliche Angebote zu schaffen.

25
 26 Dabei sollen folgende Grundsätze berücksichtigt werden:

- 27 1. Aktive Bekämpfung von Schwarzarbeit sowie ein
 28 Stopp des Stellenabbaus in den zuständigen Behör-
 29 den.
- 30 2. Bessere personelle Ausstattung der Hilfsorganisa-
 31 tionen und Ämter, die sich um von Wohnungslosig-
 32 keit betroffene Menschen kümmern, sowie die Si-
 33 cherstellung und den Ausbau der psychosozialen
 34 Betreuung, die einen unverzichtbaren Beitrag zur
 35 Prävention und effektiven Unterstützung leistet.
- 36 3. Verlängerung und verlässliche, langfristige Fi-
 37 nanzierung der Kiezläufer in Charlottenburg-
 38 Wilmersdorf, die u.a. niedrigschwellige Beratung
 39 und Hilfe für wohnungslose Menschen im Bezirk
 40 leisten.
- 41 4. Gewährleistung des Zugangs zur medizinischen
 42 Versorgung für Menschen ohne Krankenversiche-
 43 rung, einschließlich dringend benötigter psychiatri-
 44 scher Unterstützung. Ehrenamtliche Leistungen von
 45 Ärzt:innen und medizinischem Personal sollen un-
 46 terstützt und so unbürokratisch wie möglich gestal-
 47 tet werden.
- 48 5. Wohnungsnot betrifft alle: Alle Maßnahmen zur

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbrau-
 cherschutz (Konsens)**

- 49 Förderung des sozialen Wohnungsbaus sollen auf
50 Bezirks- und Landesebene priorisiert werden.
- 51 6. Mehr Hilfsangebote für akut von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen im Bezirk.
52
- 53 7. Ein Erprobungsvorhaben für ein 24-Stunden-
54 Unterbringungsmodell mit flexiblen Aufenthalts-
55 zeiten.
- 56 8. Die ASOG-Unterkünfte sollen in den jeweiligen Be-
57 zirken bereitgestellt werden, um von Wohnungslo-
58 sigkeit betroffene Menschen möglichst im gewohn-
59 ten sozialen Umfeld unterzubringen.
- 60 9. Einheitliche Leistungsverträge für ASOG-
61 Unterkünfte sind dringend von Nöten. Zwischen
62 Bezirken bzw. Senat und den Trägern sollen verbindliche Verträge abgeschlossen werden, die
63 Ausstattung, Betreuung, Personal und Hygiene-
64 standards festlegen. So entstehen Transparenz,
65 Verlässlichkeit und einheitliche Qualitätsstandards
66 für eine menschenwürdige Unterbringung.
67
- 68 10. Die gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung
69 (GStU) ist konsequent umzusetzen, um die bis-
70 her stark unterschiedlichen Lösungen der Bezirke zu
71 überwinden. Ziel sind einheitliche Koordination, klare
72 Standards und eine bedarfsgerechte Verteilung
73 der Unterkünfte in ganz Berlin
- 74 11. Um die Qualität und Kontinuität der Hilfsangebote
75 zu gewährleisten, sind attraktive Arbeitsbedingun-
76 gen, verlässliche Weiterbildungsmöglichkeiten und
77 die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für
78 Fachkräfte in sozialen Einrichtungen sicherzustellen.
79
- 80 12. Einsatz auf Bundesebene dafür, dass der Informati-
81 onsaustausch zwischen sozialen Trägern und Behör-
82 den bundesweit erleichtert wird, damit Betroffene
83 unabhängig von ihrem Aufenthaltsort besseren Zu-
84 gang zu Hilfsangeboten erhalten.
- 85 13. Aktive Bekämpfung der Zahl an obdachlosen Kälte-
86 und Hitzetoten durch eine Aufstockung der Zahl von
87 Kältebussen im Winter sowie Einrichtung von Kälte-
88 räumen im Sommer in ausreichender Zahl
- 89 14. Die SPD Berlin spricht sich gegen eine von Bundes-
90 kanzler Merz angestrebte Deckelung des Wohngel-
91 des aus und wird aktiv versuchen, die Deckelung zu
92 verhindern, da sie bei den aktuellen Mietsteigerun-
93 gen zwangsläufig zu mehr Obdachlosigkeit führen
94 wird.
95